

## Delegiertenversammlung 2013 des Kantonalen Gewerbeverbandes St.Gallen

Gossau, 1. Mai 2013

---

Zu Ihrer heutigen Delegiertenversammlung überbringe ich Ihnen die besten Grüsse und Wünsche der Regierung. Ich hoffe, dass Sie eine produktive Versammlung abhalten können, die auch Platz für gesellige Momente und einen anregenden Austausch bietet.

Einen anregenden Austausch wünsche ich mir aber nicht nur für die heutige Versammlung, sondern ganz generell im Verhältnis zwischen Politik und Gewerbe. In seinem im Jahresbericht abgedruckten Grusswort zur heutigen Delegiertenversammlung hat Stadtpräsident Alex Brühwiler die grosse Herausforderung erwähnt, dass (Zitat) *"Gewerbe und Politik auch künftig in steter Tuchfühlung bleiben und im gemeinsamen Dialog die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens festlegen."*

Tatsächlich ist dies in den letzten Jahren nicht unbedingt einfacher geworden. Die schwierige ökonomische Situation und das laufend komplexer werdende Umfeld fordern von vielen Gewerblern eine grosse oder gar die volle Konzentration auf das eigene Unternehmen. Da bleibt oft wenig Zeit, um sich noch in anderen Bereichen, wie beispielsweise in der Politik, zu engagieren. Umso mehr danke ich jenen unter ihnen, die es trotzdem machen (oder wenigstens bei den Wahlen versuchen).

Auch Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat sich kürzlich in einem Interview<sup>1</sup> zum Thema "Wirtschaftsvertreter in der Politik" geäussert. Er hat darauf hingewiesen, dass vor allem für Wirtschaftsvertreter, die international tätig sind, die Politik in den Hintergrund geraten sei und dass es wieder mehr Wirtschaftsvertreter im Parlament bräuchte.

Ich teile diese Meinung. Allerdings weiss ich, dass es schwierig, Wirtschaftsvertreter in die Parlamente zu bringen. Ich habe denn auch Verständnis für Unternehmer wie Peter Spuhler, die in aktuellen Währungs- und Wirtschaftssituation das Wohl der Mitarbeitenden und des Unternehmens höher gewichten als die eigenen politischen Ambitionen und sich deshalb aus der Politik zurückziehen. Umso wichtiger ist und bleibt es, dass es weiterhin Wirtschaftsverbände wie den Gewerbeverband gibt, welche die Politik kritisch begleiten und sich laut und deutlich hören lassen, wenn wirtschaftsfeindliche Regulierungen und Gesetze ausgearbeitet werden. Das KMU-Forum kann dies nicht allein bewerkstelligen.

---

<sup>1</sup> von Matt, O., & Vuichard, F. (24. März 2013). Zu mehr Lohn sagt jeder ja. *Schweiz am Sonntag*.  
<http://www.wbf.admin.ch/aktuell/01611/02111/index.html?lang=de>

Genauso wichtig ist aber auch, dass der Gewerbeverband immer wieder Mitglieder dazu motivieren kann, sich direkt in politischen Ämtern zu engagieren, sei dies nun auf Bundes-, auf Kantons- oder auf Gemeindeebene. Ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich bei all jenen, die sich in der Vergangenheit entsprechend eingesetzt haben und es auch weiterhin tun.

Ich danke Ihnen aber auch für die Einladung zur heutigen Delegiertenversammlung. Für mich ist diese GV eine weitere willkommene Möglichkeit, die Anliegen des Gewerbes aus erster Quelle und im persönlichen Gespräch zu erfahren.

Ich hatte ja in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit, mich bei Ihnen zu äussern, das letzte Mal im November 2012 am traditionellen Gedankenaustausch mit der Verbandsspitze. In Ihrem Jahresbericht fand sich dazu folgendes Resümee (Zitat):

*"Was unter dem lockeren Titel «Aus der Pfalz geplaudert» vom Referenten Regierungsrat Martin Gehrler vorgetragen wurde, war aber alles andere als leichte Kost. Die finanzpolitischen Herausforderungen für den Kanton sind riesig, ein Konsens über konkrete Lösungen ist noch nicht in Sicht."*

Trotz eines finanziellen Jahresabschlusses, der besser als erwartet ausgefallen ist, hat sich an dieser Ausgangslage seither kaum etwas geändert. Nach wie vor haben wir hohe Defizite und dies wird auch in den nächsten Jahren so bleiben, wenn es uns nicht gelingt, mit geeigneten Massnahmen Entlastungen zu erzielen. Dazu ein paar Stichworte:

- In den Planjahren 2014 bis 2016 erwarten wir gemäss Aufgaben- und Finanzplan Defizite von jährlich 120 Mio. bis 160 Mio. Franken. Mit dem Rechnungsabschluss 2012 hat sich die Ausgangslage zwar etwas verbessert. Dennoch müssen wir in den nächsten drei Jahren noch mit Defiziten von 75 bis 120 Mio. Franken pro Jahr rechnen.
- Ende 2012 verfügt der Kanton St.Gallen noch über frei verfügbare Reserven von 320 Mio. Franken. Müssen diese zur Deckung der Defizite der nächsten Jahre eingesetzt werden, verfügt der Kanton im Jahr 2015 über keine freien Reserven mehr. Weitere Defizite müssten wegen der st.gallischen Schuldenbremse über höhere Steuern aufgefangen werden. Deshalb hat die Stabilisierung des Staatshaushalts höchste Priorität. Dies wollen wir mit dem Entlastungsprogramm (EP) 2013 erreichen.
- Im Rahmen des EP 2013 hat die Regierung sämtliche Leistungsbereiche des Kantons überprüft, mit dem Ziel, den Staatshaushalt nachhaltig zu sanieren, so dass in naher Zukunft keine weiteren Sparpakete und keine weiteren Steuererhöhungen mehr notwendig werden.

- Die Regierung hat gestern das EP 2013 verabschiedet. Am nächsten Montag werde ich das EP 2013 in einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit präsentieren. Soviel sei verraten: Das EP 2013 bringt Entlastungen von mehr als 150 Mio. Franken. Es übertrifft damit sogar die Sparvorgabe des Kantonsrates. Dies ist auch nötig, können wir doch einige Negativszenarien nicht ausschliessen.
- Mit dem EP 2013 ist ein Leistungsabbau verbunden. Darüber muss der Kantonsrat – und in einzelnen Fragen vielleicht auch das Stimmvolk – in einer a.o. Session Ende Juni 2013 entscheiden.
- Ein Teil der Entlastungen resultiert aus Mehrerträgen. Das EP 2013 enthält jedoch keine "buchhalterischen Tricks", wie Aufwertung des Verwaltungsvermögens, Verlängerung der Abschreibungs- bzw. Tilgungsfristen, Lockerung der Schuldenbremse. Auch ein Bezug aus dem besonderen Eigenkapital ist nicht vorgesehen.
- Bewusst sieht das EP 2013 von reinen Kostenverlagerungen auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden werden durch das EP 2013 sogar entlastet, müssen allerdings gewisse Mehrkosten aus dem Projekt Finanzausgleich / Pflegefinanzierung tragen. Unter dem Strich sind die Gemeinden kostenmässig insgesamt nur wenig betroffen.
- Wenn es gelingt, das EP 2013 unverändert "durchzubringen", sollten wir ab 2015 kein Defizit mehr schreiben, sondern wieder einen geringen Mehrertrag ausweisen können. Wir müssten dann die Reserven nicht total plündern und auch keine weitere Steuerfusserhöhung in Kauf nehmen und könnten die Staatsquote ungefähr auf dem heutigen Niveau halten.

Lassen Sie mich noch kurz über ein anderes Thema sprechen, das einen Zusammenhang zum Gewerbeverband aufweist: Die Berufsbildung. In diesem Bereich engagiert sich Ihr Verband ja seit langem, indem er beispielsweise im Auftrag des Kantons die Lehrabschlussprüfungen organisiert und durchführt.

Schaut man sich eine aktuelle Berufsliste an, fällt zum einen die riesige Fülle von Berufen auf, die es mittlerweile gibt. Vom Etuimacher über den Marmorist, den Kuvertmaschinenführer oder Fachmann Kundendialog gibt es eigentlich alles. Sogar einen Matrosen Binnenschiffahrt EFZ oder einen Kältesystem-Planer findet man auf der Liste. Letzterer dürfte dieses Jahr eher unterbeschäftigt sein, da uns ein extrem kalter Sommer bevorsteht. Da sagt uns jedenfalls der Böögg beim Sechseläuten, der einfach nicht recht brennen wollte und über 35 Minuten brauchte, bis sein Kopf explodierte. Mich würde es einmal interessieren, *welcher St. Galler* diesen Böögg angezündet hat ...

Zurück zur Berufsliste: Auffällig ist der schnelle Wandel, der sich bei der Ausbildung und beim Namen der Berufe zeigt. Doch dies gilt nicht nur bei den Berufslehren, sondern auch für die tertiäre Ausbildung. Bei den Hochschulen haben sich die Titel mit der Bologna-Reform in den letzten Jahren ebenfalls stark verändert. Und im Zug der Personenfreizügigkeit machen diese Berufstitel auch bei der höheren Berufsbildung Probleme.<sup>2</sup>

Diverse Arbeitskräfte, die aus der EU in die Schweiz einwandern, führen akademisch klingende Berufstitel, die man bei uns bisher nicht kennt. Man weiss dann oft nicht, welche Qualifikationen sich hinter diesen Titeln wirklich verbergen. Darum erarbeitet die Schweiz wie die EU-Staaten einen Qualifikationsrahmen, in dem alle Bildungsabschlüsse anhand von bestimmten Kriterien vergleichbar gemacht werden.

Trotzdem gibt es in der Schweiz Bestrebungen, dass nicht nur Hochschulen und Universitäten einen Bachelor vergeben dürfen, sondern auch höhere Fachschulen. Das wären dann allerdings sogenannte "professional Bachelors" oder "Berufsbachelors". So bleibt dann weiterhin ein Unterschied zur akademischen Ausbildung erkennbar. Der Bundesrat stand der Idee anfänglich ablehnend gegenüber, jetzt will er sie aber doch nochmals prüfen.

Ich habe in dieser Angelegenheit kein Patentrezept und bin auch kein Bildungsfachmann. Trotzdem möchte ich ein paar Gedanken dazu äussern:

Für mich ist unser duales Bildungssystem, bei dem Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule erfolgen, eine absolute Erfolgsgeschichte. Neben der Schweiz kennen vor allem noch Deutschland und Österreich diese Art von Ausbildung. Dies sind – nebst Holland – auch die Länder mit der tiefsten Jugendarbeitslosenquote. Die praxisbezogene Ausbildung wird eben auf dem Arbeitsmarkt honoriert. Dieser Vorteil dürfen wir unter keinen Umständen leichtfertig aus der Hand geben.

Ein zweiter Gedanke: Wir müssen verhindern, dass die Berufslehrer "verakademisiert" wird. In vielen Berufen braucht es nicht wissenschaftliches, sondern nach wie vor primär handwerkliches Geschick und Schaffen. Darum macht es wenig Sinn, Jugendliche in der Ausbildung das wissenschaftliche Arbeiten beizubringen, wenn sie dieses anschliessend im Beruf gar nicht benötigen. Die Forderung nach einer Angleichung bei den Titeln, beispielsweise mit einem "professional Bachelor", ist vor diesem Hintergrund heikel.

Und meines Erachtens darf man den Unterschied zwischen praktischer und akademischer Ausbildung auch weiterhin sehen. Absolventen einer Höheren Fachschule haben ebenfalls

---

<sup>2</sup> Schaffner, D. (7. April 2013). Der grosse Streit um die Berufstitel. *Ostschweiz am Sonntag*.

---

eine hochwertige, aber halt deutlich praxisorientierte Ausbildung als ihre Studienkollegen in den Hochschulen oder in den Unis. Dies ist doch nicht schlecht.

Auf jeden Fall wird uns dieses Thema der Berufstitel noch weiter beschäftigen. Vielleicht kann Ihnen Bundesrat Schneider-Ammann, der nächstes Jahr anlässlich der Jubiläums-GV zu Ihnen sprechen wird, als Bildungsminister dann schon Genaueres sagen. Bis dann kann ich Ihnen hoffentlich auch wieder Besseres über die Kantonsfinanzen berichten. In diesem Sinn freue ich mich auf den Gedankenaustausch mit Ihnen.

Martin Gehrler, Regierungspräsident